

Dass ich als Vorsitzender für die Gesellschaft für deutsche Sprache den Kulturpreis der Stadt Wiesbaden entgegennehmen darf, ist eine große Freude und Ehre und ich möchte mich dafür herzlich bedanken. Der Kollege Meibauer hat die Arbeit der Gesellschaft für deutsche Sprache in ihren Facetten gewürdigt, auch dafür, lieber Herr Meibauer, herzlichen Dank.

Ein Preis ist eine Auszeichnung für geleistete Arbeit, er ist aber mehr: Er ist Ansporn und Verpflichtung, die gute Arbeit fortzuführen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Stadt Wiesbaden zu stärken. Ich könnte Ihnen nun sagen, was wir in Zukunft alles vorhaben, über unsere Projekte berichten, über einen demnächst erscheinenden Leitfaden für gendergerechte Sprache usw. Aber ich will sie nicht langweilen und mir wurde gesagt, ich solle eine kleine Dankesrede halten, die Betonung liegt auf klein. Gestatten Sie mir, auf einen und nur einen Aspekt von Sprachkultur zu fokussieren, nämlich den sich ändernden Sprachgebrauch in politischen Diskursen.

*Sprachkultur* ist ein vielschichtiger Begriff, der unterschiedliche Bedeutungsaspekte und Vorstellungen umfasst. Mit ihm sind Wertungen und Normen verbunden. Sprachkultur kann als eine symbolische Praxis begriffen werden, nach der Mitglieder einer Sprach- bzw. Kommunikationsgemeinschaft leben. In diesem Sinne spielen neben immer wieder auszuhandelnden sprachlichen Normen Spracheinstellungen und Konventionen des Sprachgebrauchs eine wichtige Rolle.

Was wir in den letzten Jahren beobachten, ist ein Kampf um Begriffe und sprachliche Normen sowie eine Verschiebung des Denk- und Sagbaren im politischen Diskurs und nicht nur dort. Hitler und die Nationalsozialisten seien *nur ein Vogelschiss* in 1000 Jahren deutscher Geschichte, die Presse eine *Maulhure des Systems*, politische Gegner werden *gejagt* und Menschen *entsorgt*. *Asyltourismus*, *Umvolkung*, *Lügenpresse* – all dies sind Kampfbegriffe um die Deutungshoheit in der politischen Semantik.

Die verbalen Grenzverschiebungen und -überschreitungen, die Sprache der Hetze und des Hasses hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel als »Erosionen von Sprache«, als eine »Verrohung« der Sprache<sup>1</sup> bezeichnet.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich im Juli diesen Jahres über den Sprachstil besorgt geäußert, der in der deutschen Asylpolitik sich zeige. »Wir müssen zurück zur Vernunft«, sagte er in der ZDF-Sendung ›Berlin direkt‹. Besonders in digitalen Medien drohe die Grenze zwischen ›dem Unsagbaren, Unsäglichen‹ und dem Sagbaren zu verschwimmen. An die Regierungsparteien gebe es die Anforderung, »auf Sprache zu achten«<sup>2</sup>.

Und Robert Habeck hat in seinem klugen Buch mit dem Untertitel ›Warum unsere Demokratie eine freie und vielfältige Sprache braucht‹ die These ausgeführt, dass sprachliche Verrohung der gesellschaftlichen Verrohung den Weg bereite und dass die Prinzipien des politischen Streits so lange ausgehöhlt würden, bis die Gesellschaft insgesamt ihre eigenen Grundannahmen nicht mehr anerkennt.<sup>3</sup>

Die rhetorischen Techniken sind bekannt: provozieren, übertreiben, Affekte mobilisieren, im Namen des Volkes sprechen, Freund-Feind-Schemata aufbauen, diffamieren und diskreditieren, sich als Opfer stilisieren, beleidigen und drohen, täuschen und lügen – all dies stammt aus dem Repertoire derjenigen, die Sprache und Gesellschaft radikalisieren. Und sie nehmen in Kauf, dass der verbale Gewalt die physische folgen kann, wie die Jagd auf Menschen im August in Chemnitz gezeigt hat.

Der Sprache der Dehumanisierung, der historisch verharmlosenden Sprachbilder, der Hetzsprache und der Sprache des Hasses entgegenzutreten, dies ist Aufgabe einer engagierten linguistisch begründeten Sprachkritik. Einer solchen Sprachkritik in der Tradition von Kurt Tucholsky und Viktor Klemperer ist die Gesellschaft für deutsche Sprache verpflichtet. Und so haben wir immer wieder konkret und analytisch zu radikalisierter und ideologisch-propagandistischer Sprache öffentlich kritisch Stellung bezogen.

Denn »wenn die schweigende Mehrheit weiter schweigt«, sagte der damalige Justizminister Heiko Maas im Sommer 2016, »dann wird in den sozialen Medien und auf der Straße immer mehr der Eindruck erweckt, dass es mehr Rechtspopulisten und Rechtsextreme gibt, als das in Wirklichkeit der Fall ist«.

---

<sup>1</sup> Berliner Morgenpost vom 20.7.2018. <<https://www.morgenpost.de/politik/article214897307/Merkel-Ton-im-Asylstreit-foerderte-Politikverdrossenheit.html>>

<sup>2</sup> Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 8.7.2018. <<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Bundespraesident-Steinmeier-ruegt-Sprachverrohung>>

<sup>3</sup> Vgl. Habeck, Robert (2018). *Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine freie und vielfältige Sprache braucht*. Köln, S. 32.

Und deshalb, so Maas, »müssen alle aus der schweigenden Mehrheit die Gardinen, hinter denen sie stehen, zurückziehen, das Fenster aufmachen und nicht nur anschauen, was auf der Straße geschieht, sondern sich einmischen und den Mund aufmachen«. <sup>4</sup> Sich einmischen und den Mund aufmachen verstehen wir als Imperativ für die Arbeit der Gesellschaft für deutsche Sprache!

Das Nicht-schweigen-Dürfen betrifft und bezieht sich aber nicht nur auf rechts- und linksextreme oder islamistische Entwicklungen. Politiker, Entscheidungsträger, diejenigen, die gesellschaftliche Macht haben – sie alle sind gefordert, nicht hinter verschlossenen Türen das gesellschaftliche Zusammenleben betreffende Entscheidungen zu fällen, ohne die Öffentlichkeit einzubinden oder gar die Kommunikation mit ihr zu verweigern. Transparenz und Aufrichtigkeit, Dialog und Kommunikation, klare und verständliche Sprache, Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind das beste Antidot gegen Radikalisierungen in der Gesellschaft.

Wir, die Gesellschaft für deutsche Sprache, werden uns auch weiterhin für eine auf Verständigung und Verständlichkeit ausgerichtete Sprache einsetzen: konstruktiv und kritisch, engagiert und wissenschaftlich fundiert. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, noch einmal herzlichen Dank für die Auszeichnung der Gesellschaft für deutsche Sprache mit dem Kulturpreis der Stadt Wiesbaden.

---

<sup>4</sup> ZEIT online vom 3.7.2016. <<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-07/bundesjustizminister-heiko-maas-rechte-hetze-rechtsextremismus-gefahr-fuer-demokratie>>